



N I E D E R S C H R I F T

15. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 - 2023)

Sitzungstermin:	Donnerstag, 04.06.2020	
Sitzungsbeginn:	15:08 Uhr	
Sitzungsende:	17:10 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Jörn Puhle - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg - SPD		
Dagmar Hildebrand - CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring		
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Britta Ingwersen - Lübecker Jugendring		
Madita Liza Jürk - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Bastian Lang-behn	
Stefan Krause - CDU		
Filip Krubeck - Lübecker Jugendring	Vertretung für: Frau Sandra Pereira da Silva David Die Johanniter	
Sandra Odendahl - SPD		
Claudia Petereit - Die Unabhängigen		
Horst Wargenau - CDU		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen		
Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4		
Lutz RegenberG - Mitglied der Fachgruppe HZE		
Petra Scharrenberg - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	Vertretung für: Frau Renate Jung-hans	
Juleka Schulte - Ostermann - Stadt Elternvertretung		
Ronald Thorn - Kreis Elternvertretung	Vertretung für: Frau Mascha Benecke-Benbouabdellah	
Verwaltung		
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung		
Thorsten Drescher - Jugendhilfeplanung		

Renate Heidig - Jugendhilfeplanung	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit	
Ulrike Neumann - 4.511 - Städt. Kindertageseinrichtungen	
Petra Schmittner - 1.160 Frauenbüro	
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	
Aiko Wagner - FBC FB 4	
Protokollführung	
Dana Gladasch - 4.513 - Jugendarbeit	
Gäste	
Petra Auth -	
Antje Gab -	
Antje Jansen - FREIE WÄHLER & GAL	
Daniel Kerlin - FDP	
Andreas Müller - DIE LINKE	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Thomas Grams - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring Die Johanniter	entschuldigt
Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Mascha Benecke-Benbouabdellah - Stadt Elternvertretung	entschuldigt
Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	entschuldigt
Lukas Leitner - Vertretung der Jugend	nicht teilgenommen
Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	entschuldigt
Verwaltung	
Hansjörg Diers -	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2020	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.03.2020	
3	Anliegen der Jugend	
4	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Verwaltung	
4.1.1	Vorstellung Jugendhilfeplaner (Hr. Drescher)	
4.1.2	Informationen zu zwei Kindertageseinrichtungen	
4.1.3	Geschwisterermäßigung für Schulkinder, Antrag zu TOP 6.2	
4.1.4	teilweise Beantwortung der Fragen von KEV und SEV	
4.1.5	Kinderbetreuung in den Sommerferien	
5	Berichte	
5.1	Statistik und Bericht Familien- und Bildungsportal 2010 - 2019	VO/2020/08775
6	Beschlussvorlagen	
6.1	Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Hansestadt Lübeck	VO/2020/08937
6.2	Teilweise Inkraftsetzung der Kita-Reform Schleswig-Holstein zum 01.08.2020; Neufassung der Sozialstaffelsatzung, der Elternbeitragsatzung Kindertagespflege sowie der Richtlinie Kindertagespflege	VO/2020/08926
6.2.1	Puhle (SPD): Ergänzungsantrag zu "Teilweise Inkraftsetzung der Kita-Reform Schleswig-Holstein zum 1.8.20; Neufassung der Sozialstaffelsatzung, der Elternbeitragsatzung Kindertagespflege"	VO/2020/08926-01
6.2.2	BM Antje Jansen (GAL) Änderungsantrag zu:	VO/2020/08926-02

	VO/2020/08926 Teilweise Inkraftsetzung der Kita-Reform Schleswig-Holstein zum 01.08.2020; Neufassung der Sozialstaffelsatzung, der Elternbeitragsatzung Kindertagespflege sowie der Richtlinie Kindertagespflege	
6.3	Verlängerung der Budgetverträge um ein Jahr und pauschale Erhöhung der Budgetsummen um jeweils 1 v. H.	VO/2020/08902
6.4	Soziale Stadt Moisling - Ausschreibung des Quartiersmanagements	VO/2020/08853
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1	DIE LINKE: Runder Tisch "Kinderarmut in Lübeck"	VO/2019/08275
7.2	Freie Wähler & GAL: Bedarfserfassung Fortbildungsbedarf aller Kindertagespflegepersonen in Lübeck	VO/2020/08668
7.3	Fraktion Freie Wähler & GAL: Elternentlastung für die Zeit der Corona-bedingten Aussetzung und Einschränkung aller außerfamiliären Kinderbetreuungsformen	VO/2020/08922
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
9	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende beratende Ausschussmitglied Herrn Ronald Thorn mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Herr Puhle weist auf die Nachtragstagesordnung hin. Es gibt zwei Änderungsanträge zum TOP 6.2. Der Antrag unter TOP 6.2.2 wurde von Frau Jansen eingereicht, die im Jugendhilfeausschuss nicht antragsberechtigt ist. Herr Puhle übernimmt den Antrag. Frau Petereit möchte zum TOP 6.2 einen weiteren Änderungsantrag stellen, den sie inhaltlich unter TOP 6.2 ausführen wird.

Weiterhin wurde der Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft zum Thema „Elternentlastung für die Zeit der Corona-bedingten Aussetzung und Einschränkung aller außerfamiliären Kinderbetreuungsformen“ unter TOP 7.3 auf die Nachtragstageordnung aufgenommen. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Puhle schlägt vor, dass der TOP 7.1 in den August vertagt wird, damit die Ergebnisse aus der Sitzung zu Aufwachsen in Lübeck, im Juli, berücksichtigt werden können.

Der Vorsitzende fragt, ob weitere mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden und ob es Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Dies ist nicht der Fall.

Die Tagesordnung ist damit unter Bejahung der vorgetragenen Änderungen einstimmig festgestellt.

Herr Puhle weist darauf hin, dass am 02.07.2020 die gemeinsame Sitzung mit dem Schul- und Sportausschuss in der MuK nachgeholt wird.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2020

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Herr Puhle fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.02.2020 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.03.2020

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Herr Puhle fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 05.03.2020 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anliegen der Jugend

Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht.

Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Kerlin fragt nach dem aktuellen Stand zur Besetzung der Vertretung der Jugend. Herr Bernet erklärt, dass Herr Leitner weiterhin stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied sei. Frau Gladasch ergänzt, dass Frau Khalo als beratendes bürgerliches Mitglied zurückgetreten sei. Mittlerweile gäbe es drei Interessent:innen, die die Nachfolge antreten würden. Der Bereich Jugendarbeit muss kurzfristig klären durch wen die Besetzung erfolgen soll und eine entsprechende Vorlage wird umgehend vorgelegt.

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1.1 Vorstellung Jugendhilfeplaner (Hr. Drescher)

Frau Weiher übermittelt Grüße von Frau Albrecht und berichtet, dass ein Nachfolger für die Jugendhilfeplanung gefunden wurde.

Herr Drescher stellt sich vor und berichtet von seinem bisherigen Werdegang.

zu 4.1.2 Informationen zu zwei Kindertageseinrichtungen

Frau Heidig erklärt, dass es zwei Maßnahmen außerhalb der Kita-Planung gäbe. Die ein-gruppige Kita Immengarten mit Sprungtuch e.V. als Träger, werde die Gruppe aufgeben, da die räumlichen Anforderungen nach dem neuen Kita-Gesetzes nicht eingehalten werden könnten. Sprungtuch e.V. übertrage das Angebot an Kinderwege gGmbH, die Gruppe werde an die Sport-Kita im selben Stadtteil angegliedert.

Die Kita der DRK-Schwesternschaft werde ihre Gruppenstruktur zum August ändern, da sie nicht zu den Räumlichkeiten passe. Die Kita bleibe aber vier-gruppig.

Die entsprechende Vorlage zu diesen beiden Änderungen werde vorbereitet und gehe aufgrund der kurzen Zeit bis zum Kitajahresbeginn, direkt in die Bürgerschaft. Der Jugendhilfeausschuss erhalte aber im Nachgang die Vorlage zur Kenntnis.

Frau Hildebrand bittet um den aktuellen Stand zur Beantwortung ihrer Anfragen aus der letzten Sitzung. Herr Puhle erklärt, dass Frau Reichel derzeit im Urlaub sei und die Anfragen zur August-Sitzung beantwortet werden. Frau Weiher ergänzt, dass in Zeiten von Corona andere Prioritäten gesetzt werden mussten.

zu 4.1.3 Geschwisterermäßigung für Schulkinder, Antrag zu TOP 6.2

Herr Jürgensen berichtet, dass aufgrund eines Missverständnisses in der internen Kommunikation der Satz, dass die Geschwisterermäßigung auch für Schulkinder gelte, vergessen wurde und in der Sozialstaffelsatzung ergänzt werden müsste. Der entsprechende Antrag dazu werde unter TOP 6.2.1 von Herrn Puhle gestellt.

Auf eine Nachfrage von Frau Schulte-Ostermann zum Thema Schulstandorte ohne Ganztagskonzept erklärt Herr Jürgensen, dass es dies nicht mehr gäbe.

zu 4.1.4 teilweise Beantwortung der Fragen von KEV und SEV

Herr Jürgensen erklärt, dass die vollständige Beantwortung der Anfrage schriftlich in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses erfolgen werde.

Dennoch werde Herr Jürgensen einen Teil der Fragen bereits hier mündlich beantworten: Die Raumkapazitäten in der Dorothea-Schlözer-Schule seien ausreichend für die PiA-Plätze. Von der dortigen Schulleitung gäbe es die Aussage, dass eine Umsetzung erfolgen werde. Die Kitaplatzbedarfsanmeldungen über das Kita-Portal müssten unverbindlich bleiben. Dennoch hätten die Anmeldungen Rechtsgültigkeit in einem Gerichtsverfahren.

Die Verhandlungen zu den Budgetverträgen seien um ein Jahr verschoben. Ab 01.01.2021 gelte die Kita-Reform, die 20 Schließtage pro Jahr vorsehe. **Dennoch werden in den Verhandlungen 2021 diese maximale Anzahl der Schließtage aufgenommen.**

Auf eine Nachfrage von Frau Schule-Ostermann erklärt Herr Puhle, dass die schriftliche Beantwortung der Fragen erst in der August-Sitzung erfolge, da im Juli lediglich Themen zu Aufwachsen in Lübeck und zur gemeinsamen Behandlung mit dem Schul- und Sportausschuss auf die Tagesordnung genommen werden sollen.

zu 4.1.5 Kinderbetreuung in den Sommerferien

Frau Weiher erklärt, dass ab 22.06.2020 der Regelbetrieb in den Kitas wieder aufgenommen werden könne und kurze Zeit später schon die Sommerferien beginnen würden. Der Wunsch der Eltern auf gewährleistete Betreuung während der Sommerferien sei verständlich. Dennoch haben die Mitarbeiter:innen auch Sommerurlaub, den sie antreten sollen. Es müsse ein Ausgleich gefunden werden wie eine erhöhte Betreuung trotz Urlaubszeit möglich sei.

Frau Steinkamp erklärt, dass die Hälfte der städtischen Kitas keine Schließzeiten in den Sommerferien hätte und bei der anderen Hälfte werde derzeit der Bedarf nach zusätzlicher Betreuung ermittelt.

Auf eine Nachfrage von Herrn Puhle wie die Kitas in freier Trägerschaft dies regeln, erklärt Frau Eitel, dass die Bedarfe bei den Eltern abgefragt würden. Sie würde es aber kritisch sehen, wenn der Urlaub nicht wie geplant im Sommer, sondern in den Erkältungsmonaten genommen werde, wenn vermehrt Personal benötigt würde. Außerdem weist sie auf ihre Funktion im Jugendhilfeausschuss hin. Sie sei als Vertreterin der AG freien Wohlfahrtsverbände und nicht für das KitaWerk hier.

zu 5 Berichte

zu 5.1 Statistik und Bericht Familien- und Bildungsportal 2010 - 2019 Vorlage: VO/2020/08775

Frau Weiher erklärt, dass dieser Bericht über das Familien- und Bildungsportal, der einen sehr guten Überblick über Angebote für Familien biete, die Entwicklung und Statistik des Familien- und Bildungsportals ab 2010 darstelle.

Beschluss:

Das Familien- und Bildungsportal ist seit gut zwei Jahren rundum überarbeitet abrufbar und hat im Jahr 2019 weitere Modernisierungen und Erweiterungen erfahren. Der Bericht analysiert die Nutzungsdaten der vergangenen Jahre und die Auswirkungen der Überarbeitung in 2017.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2020/08937**

Frau Steinkamp erklärt, dass aufgrund der neuen Kita-Reform, des Bürgerschaftsbeschlusses zur Reduzierung der Schließzeiten und des durchgehenden Betreuungsanspruchs des SGB VIII eine Änderung der Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen notwendig sei. Die Elternbeiträge würden nicht erhöht. In der Synopse sollte eigentlich der Punkt gelöscht werden, dass Kitaverträge ein Jahr befristet seien. Auf der Seite 1 der Anlage 3 unter Ziffer 2.1 sei somit folgender Satz zu streichen:

„Das Kindergartenjahr beginnt am 01. August und endet am 31. Juli des folgenden Jahres.“

Frau Neumann ergänzt, dass es zur Bürgerschaftssitzung eine neue Vorlage mit geänderter Synopse und allen Unterlagen, auch der Stellungnahme der KEV / SEV, geben werde.

Frau Steinkamp erklärt weiterhin, dass bei Aufnahme des Kindes nach dem 15. des Monats, lediglich der halbe Monatsbeitrag erhoben werde.

Auf eine Nachfrage von Herrn Thorn erklärt Frau Steinkamp, dass eine taggenaue Abrechnung des Betreuungsentgelts aufgrund des zu hohen Verwaltungsaufwandes nicht möglich sei.

Herr Müller von den Linken meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Es entsteht eine Diskussion über die Möglichkeit einer taggenauen Abrechnung. Es sprechen Herr Müller, Frau Weiher, Frau Schulte-Ostermann, Frau Steinkamp, Frau Hildebrand und Herr Jancen.

Frau Steinkamp berichtet, dass eine Notbetreuung auch während der geplanten Schließzeiten sichergestellt sei. Weiterhin informiert sie über die Kündigungsmöglichkeiten für Eltern und Stadt. Eine Diskussion über die Definition der wichtigen Kündigungsgründe sowie der

beispielhaften Nennung in der Entgeltordnung entsteht. Es sprechen Frau Petereit, Frau Steinkamp, Frau Schulte-Ostermann, Frau Hildebrand und Frau Weiher.

Frau Steinkamp macht deutlich, dass die Änderung der Entgeltordnung mit allen Kita-Beiräten besprochen werden müsse. Ihr Bereich hätte mit dieser Beteiligung bereits begonnen, leider wurden sie durch die Corona Pandemie unterbrochen. Spätestens bis zur Bürgerschaftssitzung werde dies nachgeholt.

Herr Puhle schlägt vor die Vorlage ohne Votum passieren und die Bürgerschaft entscheiden zu lassen.

Auf Nachfragen von Frau Schulte-Ostermann zur Verpflegung erklärt Herr Jürgensen, dass die zusammengestellten Kosten mit den Beiräten abgestimmt seien und diese die Aufschlüsselung kennen. Diese Übersicht der Kosten könnten der KEV und SEV gerne zur Verfügung gestellt werden.

Herr Puhle lässt darüber abstimmen die Vorlage ohne Votum passieren zu lassen.

Beschluss:

Die 11. Änderung der Entgeltordnung vom 28.02.05 in der Fassung des 10. Nachtrages vom 12.12.2016 wird für das Kindergartenjahr 2020/2021 gemäß der Anlage 3 beschlossen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

Der Jugendhilfeausschuss lässt die Vorlage einstimmig ohne Votum passieren.

**zu 6.2 Teilweise Inkraftsetzung der Kita-Reform Schleswig-Holstein zum 01.08.2020; Neufassung der Sozialstaffelsatzung, der Elternbeitragssatzung Kindertagespflege sowie der Richtlinie Kindertagespflege
Vorlage: VO/2020/08926**

Herr Jürgensen erklärt, dass es sich hierbei um eine Reihe von Interimsregelungen handle, die bis zum Inkrafttreten der Kita-Reform am 01.01.2021 Gültigkeit hätten. Bei den Elternbeiträgen seien die 50% bei der Heranziehung des verfügbaren Einkommens bestehen geblieben, um dem angedachten Maßnahmepaket der Bürgerschaftsfraktionen nicht vorzugreifen.

Frau Schmittner vom Frauenbüro weist darauf hin, dass die geplante Erhöhung des „Anerkennungsbeitrages“ für Tagespflegepersonen (TPP) sowie die insgesamt geplante Erhöhung der Geldleistung zwar positiv zu werten seien. Durch die zeitgleich geplante Absenkung der Sachkosten sowie den Wegfall der Geldleistung für betreuungsfreie Zeiten würde die Erhöhung der Geldleistung für die TPP jedoch wieder geschmälert. Trotz „Systemrelevanz“ werde diese v.a. von Frauen ausgeübte Tätigkeit bis heute nicht ausreichend vergütet. Statt eines „Anerkennungsbetrages“ sei (bundesweit) endlich eine angemessene Bezahlung nötig. Sie kritisiert zudem den geplanten Wegfall der erhöhten Vergütung der Früh- und Spätbetreuung, Wochenenden und Feiertage für TPP. Dadurch werde ein Anreiz für TPP-Personen wegfallen, in den genannten Randzeiten zu betreuen. Viele Eltern, v.a. berufstätige Alleinerziehende, seien zur Existenzsicherung jedoch auf eine Kinderbetreuung z.T. auch in „Randzeiten“ angewiesen.

Zum Thema Vertretungsregelung in der Tagespflege regt sie folgende Formulierung an: „Die Servicestelle KTP stellt für Urlaubs- und Krankheitstage sowie weitere planbare Abwesenheiten (Elternzeit, Fortbildungen) der TPP in Absprache mit den TPP und Eltern eine Ersatzbetreuung sicher.“ Hintergrund dafür sei, dass die bisherige Vertretungsregelung verbessert werden müsse.

Frau Auth, Einzelperson in der Kindertagespflege, meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Frau Auth widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Frau Auth macht deutlich, wie wichtig die Selbständigkeit von Kindern unter einem Jahr und von Kindern mit Behinderung sei. Dies widerspreche dem Antrag unter Top 6.2.2. Herr Jürgensen erklärt, dass diese Regelung durch die neue Kita-Reform zum 01.01.2021 umgesetzt werde.

Die gesetzliche Regelung fordere die angemessene Erstattung von Sachkosten. Ein Gutachten sei entsprechender Bestandteil der Gesetzesbegründung und gäben keinen Anlass zur Anzweiflung der Richtigkeit.

Auf eine Nachfrage von Frau Schulte-Ostermann erklärt Herr Jürgensen, dass gerade beim Thema Inklusion besondere Voraussetzungen zu beachten seien. Derzeit gäbe es Abstimmungen mit dem Fachbereich 2. Die Qualität der Betreuung müsse den Bedürfnissen des Kindes entsprechen und benötige gute Vorbereitung.

Frau Gab, Einzelperson in der Kindertagespflege, meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Frau Gab widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Auf Nachfragen von Frau Gab und Frau Auth zu den Voraussetzungen der Pflegeerlaubnis und betreuungsfreier Zeit antworten Frau Weiher und Herr Jürgensen.

Herr Puhle schlägt vor die Anträge als Material an die Verwaltung zu geben und die Vorlagen ohne Votum passieren zu lassen. Bei einem Termin zwischen jugendpolitischen Sprechern und Verwaltung soll dann ein interfraktioneller Antrag für die Bürgerschaft vorbereitet werden, der sich aus den vorliegenden Anträgen ergebe.

Frau Schulte-Ostermann gibt zu bedenken, dass hier im Ausschuss auch die freien Wohlfahrtsverbände, der Jugendring und die beratenden Mitglieder vertreten seien, die bei solch einem Termin fehlen würden.

Herr Jürgensen gibt zu bedenken, dass über den Antrag unter TOP 6.2.1 abgestimmt werden müsste, da es sich hierbei um die Berichtigung eines Fehlers in der Vorlage handle.

Frau Petereit weist auf folgenden mündlichen Antrag von den Unabhängigen hin.

Änderungsantrag zur Satzung der sozialen Staffelung von Gebühren oder Entgelten für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflegestellen:

§ 4, Satz 2

„Von dem die Einkommensgrenze übersteigenden Betrag ist ein Anteil von 50 v. H. 30 v. H. als Elternbeitrag zu zahlen.“

Herr Puhle lässt darüber abstimmen die Vorlage ohne Votum passieren zu lassen.

Beschluss:

1. Die Neufassung der Sozialstaffelsatzung der Hansestadt Lübeck wird beschlossen
2. Die Neufassung der Elternbeitragssatzung Kindertagespflegen der Hansestadt Lübeck wird beschlossen
3. Die Neufassung der Richtlinie Kindertagespflege wird beschlossen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

Der Jugendhilfeausschuss lässt die Vorlage einstimmig ohne Votum passieren.

zu 6.2.1 Puhle (SPD): Ergänzungsantrag zu "Teilweise Inkraftsetzung der Kita-Reform Schleswig-Holstein zum 1.8.20; Neufassung der Sozialstaffelsatzung, der Elternbeitragssatzung Kindertagespflege"
Vorlage: VO/2020/08926-01

Herr Puhle lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

In der Vorlage "Neufassung der Sozialstaffelsatzung, der Elternbeitragssatzung Kindertagespflege sowie der Richtlinie Kindertagespflege" ist §7 – Geltungsbereich – der Sozialstaffelsatzung wie folgt zu ergänzen:

Darüber hinaus gilt § 5 – Geschwisterregelung – auch für Kinder, die ihren Hauptwohnsitz und ihren Lebensmittelpunkt in Lübeck haben und eine Ganztagsbetreuung an Lübecker Schulen nach dem Modell „Ganztag an Schule“ besuchen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Antrag zu beschließen.

zu 6.2.2 BM Antje Jansen (GAL) Änderungsantrag zu: VO/2020/08926 Teilweise Inkraftsetzung der Kita-Reform Schleswig-Holstein zum 01.08.2020; Neufassung der Sozialstaffelsatzung, der Elternbeitragssatzung Kindertagespflege sowie der Richtlinie Kindertagespflege
Vorlage: VO/2020/08926-02

Herr Puhle lässt darüber abstimmen, ob der Antrag unter TOP 6.2.2 und der mündlich gestellte Antrag von Frau Petereit von der Verwaltung und den jugendpolitischen Sprechern genutzt werden, um einen interfraktionellen Antrag für die Bürgerschaft zu erstellen.

Beschluss:

In Bezug auf die Richtlinie der Kindertagespflege wird beantragt:

1. Die Erstattungen für die Sachkostenpauschale im bisheriger Höhe von 1,73 € pro Kind und Stunde beizubehalten,
2. Die Vertretungsregelung in der Förderrichtlinie gesetzeskonform anzupassen

Die Änderungen hinsichtlich der laufenden Geldleistung für die Betreuung und Förderung von Kindern unter einem Jahr sowie behinderten bzw. von Behinderung bedrohten Kindern in der Kindertagespflege sind bereits zum 01.08.2020 gemäß den Vorgaben des KiTa-Reform-Gesetz anzupassen und in die Förderrichtlinie einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

Der Jugendhilfeausschuss gibt den Antrag an die Verwaltung zur Erstellung einer neuen Vorlage.

**zu 6.3 Verlängerung der Budgetverträge um ein Jahr und pauschale Erhöhung der Budgetsummen um jeweils 1 v. H.
Vorlage: VO/2020/08902**

Frau Hildebrand schlägt vor genauso wie im Sozialausschuss zu verfahren und einen Leistungskatalog zu erstellen.

Herr Puhle stellt folgenden **Ergänzungsantrag**:

Die Budgetverträge (inklusive Leistungs- und Zielvereinbarung) sind den Ausschüssen sowie der Bürgerschaft vor der Sommerpause 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Puhle habe bereits mit einigen Trägern und dem Bürgermeister gesprochen, dass die Beschlussfassung zu den Budgetverträgen vor der Haushaltsberatung erfolgen solle.

Auf eine Nachfrage von Frau Schulte-Ostermann antwortet Frau Eitel.

Herr Puhle lässt über die ergänzte Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt:

1. Die bestehenden Budgetverträge mit freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden mit Laufzeitende am 31.12.2020 werden um ein weiteres Jahr, d. h. bis zum 31.12.2021 verlängert. Den Trägern wird eine entsprechende Änderungsvereinbarung übermittelt.
2. Zum Ausgleich der allgemeinen Kostensteigerung werden die bestehenden Budgethöhen pauschal um 1 v. H. erhöht.
3. Die Budgetverträge (inklusive Leistungs- und Zielvereinbarung) sind den Ausschüssen sowie der Bürgerschaft vor der Sommerpause 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß ergänztem Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 6.4 Soziale Stadt Moisling - Ausschreibung des Quartiersmanagements
Vorlage: VO/2020/08853**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck schreibt die Durchführung des Quartiersmanagements im Rahmen der städtebaulichen Gesamtmaßnahme Moisling öffentlich aus.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 7.1 DIE LINKE: Runder Tisch "Kinderarmut in Lübeck"
Vorlage: VO/2019/08275**

Der Überweisungsantrag wurde vor Eintritt in die Tagesordnung einstimmig vertagt.

**zu 7.2 Freie Wähler & GAL: Bedarfserfassung Fortbildungsbedarf aller Kindertagespflegepersonen in Lübeck
Vorlage: VO/2020/08668**

Auf Nachfragen von Frau Jansen und Frau Auth schlägt Herr Jürgensen vor, dass auf dem Portal der BQL ein Votingsystem für die angemeldeten Fortbildungsbedarfe installiert werden solle. Ausgenommen davon wären die Pflichtveranstaltungen.

Herr Puhle fragt die Antragstellerin, ob sie mit einem solchen System einverstanden wäre und ob sich der Antrag somit erledigt hätte oder ob sie eine Abstimmung möchte. Frau Jansen befürwortet das Votingsystem und zieht den Antrag zurück.

Beschluss:

Bei der zukünftigen Bedarfsabfrage für Fortbildungen, die den Kindertagespflegepersonen über die BQL im Auftrag der Stadt Lübeck angeboten werden, werden zukünftig neben dem Verein Kindertagespflege Lübeck e.V. auch

- alle nicht im Verein organisierten Kindertagespflegepersonen Lübecks,
- ver.di Nord als weitere Interessensvertretung Lübecker Kindertagespflegepersonen,
- ggf. weitere bestehende sowie
- möglicherweise zukünftige neu hinzukommende Interessensvertretungen

befragt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Antrag wurde von der Antragstellerin zurückgezogen.

zu 7.3 Fraktion Freie Wähler & GAL: Elternentlastung für die Zeit der Corona-bedingten Aussetzung und Einschränkung aller außerfamiliären Kinderbetreuungsformen
Vorlage: VO/2020/08922

Frau Jansen erklärt ihren Antrag. Sie versuche hiermit ein neues und bisschen anderes Betreuungsmodell zu entwickeln. Eine Umsetzung dieser Idee wäre aber nur mit ausreichend Personal denkbar. Frau Schulte-Ostermann ergänzt die Aussagen von Jansen mit Beispielen aus Kopenhagen.

Herr Puhle unterstützt den Antrag inhaltlich. Einige der Punkte hätten sich inzwischen bereits erledigt. Er schlägt vor, dass sich die Verwaltung mit dem Antrag beschäftigen solle.

Frau Weiher erklärt, dass die Öffnung der Kitas in den Sommerferien bereits viel Personal binde. Sie weist auf den Lernsommer 2020 vom Bildungsministerium hin.

Eine Diskussion über Rechtmäßigkeit, Fachkräftegebot und unterschiedliche Betreuungsformen entsteht. Es sprechen Frau Hildebrand, Frau Burakowski, Frau Weiher und Herr Jürgensen.

Herr Puhle schlägt vor, dass die Verwaltung sich diesem Thema annehmen könnte, da gerade in Zeiten von Fachkräftemangel alternative Betreuungsformen entwickelt werden müssten. Frau Jansen ist damit einverstanden und zieht daher den Antrag zurück.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, bis Ende Mai 2020 alternative Betreuungsorte für (Not-)Betreuungsgruppen für alle bisherigen Kitakinder 0-14 Jahre zu prüfen mit dem Ziel,

- unter Einhaltung der erforderlichen Hygienevorschriften zur Eindämmung der Corona-Pandemie und
- Schutz der pädagogischen Mitarbeitenden

mehr Kinder betreuen lassen zu können als zur Zeit in den bestehenden Kitaräumlichkeiten möglich. Auch die inklusive Betreuung von I-Kindern und Kindern aus Risikogruppen soll innerhalb einer Kita auf diese Weise in Kleingruppen von z.B. 3-5 Kindern ermöglicht werden.

Zu prüfende alternative Betreuungsorte sind z.B. Parks, Spielplätze, Wald, großflächige Wiesen, Turnhallen der Schulen, Sporthallen, Sportplätze, Gemeindesäle, Kletterhallen, St. Petri Kirche u.w.m.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, bis Ende Mai Lösungen zu Sicherstellung aller vor Corona erfolgten und geplanten Förder- und Therapiemaßnahmen für Kinder mit besonderem Förderbedarf

und Kinder mit Behinderung unter Einhaltung der notwendigen Hygienemaßnahmen durch die dafür ausgebildeten Fachkräfte zu entwickeln - ohne, dass weiterhin eine Delegation dieser Aufgaben an die Eltern erfolgt.

3. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit Nachdruck über direkte Kontakte, Öffentlichkeitsarbeit, Städtetag usw. gegenüber dem Land und Bund zu fordern, dass

- a. für Eltern die Wahlfreiheit zwischen einer bedingungslosen Notbetreuung und - bei eigener Betreuung der Kinder - einem bedingungslosen Einkommensersatz geschaffen wird
- b. Home-Office nicht länger als alternative Form für Kinderbetreuung eingestuft wird
- c. private Zusammenschlüsse von Eltern zur Kinderbetreuung offiziell keine alternative Betreuungsform zu der außerfamiliären Betreuung durch Fachkräfte darstellen.

4. Der Bürgermeister wird beauftragt, bei allen entwickelten Lösungen die Lübecker Elternverbände (Kreis- und Städtelternvertretung, den Verein ElternStimme e.V.) sowie die Bereichsleitung der städtischen Kitas und den Dachverband der Freien Träger vor der Umsetzung der entwickelten Lösungen einzubinden, damit diese auch in der Praxis den Bedarfen der Eltern und den realen Möglichkeiten der außerfamiliären Betreuungsinstitutionen entsprechen. Im Sinne einer schnellen Umsetzung können und sollten dabei unbürokratisch Wege genommen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Antrag wurde von der Antragstellerin zurückgezogen.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 9 Verschiedenes

Frau Schmittner weist auf die neue Auflage der "Wegweiserin für Frauen und Mädchen in Lübeck" hin, die es sowohl in gedruckter Form als auch als "App" gibt. Die "Wegweiserin" bietet einen Überblick über Einrichtungen und Angebote in Lübeck, die Frauen und Mädchen zu unterschiedlichen Fragestellungen und Problemen weiterhelfen können. Herausgeberin ist das Frauenbüro der Hansestadt Lübeck. Die Broschüre liegt in vielen städtischen Bereichen (z.B. Stadtbibliothek, NBBs) aus und sie kann von Bürger:innen und Institutionen/Beratungsstellen kostenfrei im Frauenbüro angefragt (Tel: 122-1615) und abgeholt werden (für städtische Bereiche ist auch ein Versand per Hauspost möglich).
www.luebeck.de/frauenbuero

Herrn Thorn und Frau Schulte-Ostermann sprechen einen Einzelfall, bei dem es Probleme mit den Verpflegungskosten gäbe. Frau Eitel bittet darum solche Einzelfälle künftig direkt mit dem Träger zu besprechen und nicht hier im Ausschuss.

Frau Petereit bittet um verbindliche Kommunikation mit den Eltern über Schließzeiten und einer verlässlichen Vertretungsregelung. Frau Weiher erklärt, dass die Situation in des Kitas unterschiedlich und dies jeweils einzeln und individuell zu klären sei.

Lübeck, den 3. November 2020

Jörn Puhle
Vorsitz

Dana Gladasch 4.513 Jugendarbeit
Protokollführung

**N I E D E R S C H R I F T****16. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (als gemeinsame Sitzung mit dem Schul- und Sportausschuss)**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 02.07.2020	
Sitzungsbeginn:	16:07 Uhr	
Sitzungsende:	18:10 Uhr	
Sitzungsort:	Konzertsaal der Musik- und Kongresshalle, Willy-Brandt-Allee 10, 23554 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Jörn Puhle - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg - SPD		
Dagmar Hildebrand - CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Stefan Krause - CDU		
Sandra Odendahl - SPD		
Claudia Petereit - Die Unabhängigen		
Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Horst Wargenau - CDU		
Madita Liza Jürk - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Herrn Bastian Lang-behn
Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring		
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Britta Ingwersen - Lübecker Jugendring		
Filip Krubeck - Lübecker Jugendring		Vertretung für: Frau Sandra Pereira da Silva David Die Johanniter
Vera-Simone Kuzla - AG freier Wohlfahrtsverbände		Vertretung für: Herrn Thomas Grams
Renate Prüß - AG freier Wohlfahrtsverbände AWO Schleswig-Holstein		Vertretung für: Herrn Jürgen Wecker
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Mascha Benecke-Benbouabdellah - Stadelternvertretung		
Torsten Biß - Stadelternvertretung		Vertretung für: Frau Juleka Schulte - Ostermann
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen		
Lutz RegenberG - Mitglied der Fachgruppe HZE		
Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4		

Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Petra Scharrenberg - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	Vertretung für: Frau Renate Junghans
Stellvertreter	
Lukas Leitner - Vertretung der Jugend	
Verwaltung	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	
Britta Bormann -	
Hansjörg Diers -	
Thorsten Drescher - Jugendhilfeplanung	
Dana Gladasch - 4.513 - Jugendarbeit/Jugendamt	
Renate Heidig - Jugendhilfeplanung	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Ulrike Neumann - 4.511 - Städt. Kindertageseinrichtungen	Vertretung für: Frau Uta Steinkamp
Petra Schmittner - 1.160 Frauenbüro	
Aiko Wagner - FBC FB 4	
Protokollführung	
Sabine Schulz - 4.513 - Jugendarbeit	
Gäste	
Kay Nitz - Behindertenbeirat	
Thore Schönfeldt - Junges Politikforum Lübeck	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Thomas Grams - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring Die Johanniter	entschuldigt
Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Juleka Schulte - Ostermann - Stadelternvertretung	entschuldigt
Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	entschuldigt
Verwaltung	
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anliegen der Jugend	
4	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Verwaltung	
4.2	Anfrage des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Prozess "Aufwachsen in Lübeck"	VO/2020/09063
5	Berichte	
5.1	3. Bildungsbericht der Hansestadt Lübeck	VO/2020/08649
5.2	Kerndaten zu Bildung in Lübeck	VO/2020/08949
5.3	Mündlicher Zwischenbericht "Aufwachsen in Lübeck 2.0"	
6	Beschlussvorlagen	
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss. Es sind keine zu verpflichtenden Ausschussmitglieder anwesend.

Der Vorsitzende erläutert kurz den Ablauf der Sitzung und schlägt vor, zunächst die formalen Tagesordnungspunkte 1 und 2 jeweils im Schul- und Sportausschuss sowie im Jugendhilfeausschuss zu behandeln und im Anschluss die mit dem Schul- und Sportausschuss gemeinsamen Tagesordnungspunkte 3., 4.1.1., 4.1.2., 4.1.3., 4.1.4., 4.2., 5.1., 5.2. und 5.3. zu beraten. In Absprache der Vorsitzenden leitet der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses die Beratung der gemeinsam zu beratenden Tagesordnungspunkte. Ab TOP 6 werden die weiteren Tagesordnungspunkte wieder jeweils im Schul- und Sportausschuss sowie im Jugendhilfeausschuss behandelt. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Anfrage des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nebenkostenbeiträge Lübecker KITAS (VO/2020/09064) in der September-Sitzung des JHA beantwortet wird.

Eine weitere Anfrage des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Prozess "Aufwachsen in Lübeck" Vorlage: VO/2020/09063 ist unter TOP 4.2 aufgenommen worden.

Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Der Vorsitzende fragt, ob es Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Dies ist nicht der Fall. Somit entfällt der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Es werden keine Änderungen zur Tagesordnung vorgetragen.

Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Es liegt nichts vor.

zu 3 Anliegen der Jugend

Thore Schönfeldt stellt sich als Vizepräsident Jugend im Landtag Schleswig-Holstein vor. Er beschreibt sein Engagement für Kinder- und Jugendbeteiligung und appelliert an den Ausschuss, auch direkten Kontakt mit Kindern und Jugendlichen zu pflegen, wenn es doch ohnehin um deren Belange ginge.

Herr Puhle informiert über bereits vorhandene Kooperationen und Frau Möller erklärt, jederzeit für Gespräche offen zu sein.

Anschließend kündigt Herr Leitner sein Arbeitspapier (**siehe Anlage 1**) des Schülerparlaments an und verweist dabei auch auf deren Internetauftritt unter: <https://www.ssp-hl.de/>

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1.1 Umzug des Freizeitentrums Moisling in die Astrid-Lindgren-Schule

Frau Reichel berichtet zum Freizeitzentrum Moisling im Haus der Mitte, für das auf Grund des schlechten Gebäudezustands (Abriss des Gebäudes ist angedacht) nach einem neuen Standort gesucht worden sei. Letztendlich sei die Entscheidung gefallen, in Räumlichkeiten der Astrid-Lindgren-Schule umzuziehen. Hier würden sich Räume im Souterrain anbieten. Die bestehenden Fachräume würden nach Schulschluss am Nachmittag der Jugendarbeit zur Verfügung stehen. Dabei würden die Fachräume ausreichend Möglichkeiten bieten, dort Jugendarbeit zu gestalten ohne die Räumlichkeiten aufwendig umbauen zu müssen.

Dazu sprechen Herr Müller, Frau Hildebrand und Frau Odendahl.

Auf Nachfrage von Frau Odendahl zur zeitlichen Umsetzung, antwortet Frau Reichel, dass es in ihrem Interesse liege, möglichst umgehend zu beginnen, dass sich der Start jedoch auch bis zum Jahresende verzögern könne.

zu 4.1.2 Beantwortung der Fragen von der KEV/SEV zur Schulkindbetreuung an Grundschulstandorten

Frau Rieper berichtet, dass im Jahr 2019 ein Raumfehlbedarf für die Ganztagsangebote an 13 Schulstandorten festgestellt worden sei. Sie stellt die konkreten Planungen bzw. Maßnahmen, die zur Verbesserung der Raumsituation an diesen Schulstandorten beitragen sollen, vor. Neben der Aufnahme verschiedener baulicher Maßnahmen sei in 2019 die Ausstattung von Klassenräumen zur Doppelnutzung von Vor- und Nachmittag gezielt gefördert worden. Im letzten Jahr seien 34 Räume an 20 Schulstandorten mit entsprechenden Möbeln ausgestattet worden. In 2020 seien es bisher 19 Klassenräume. Eine Auswertung zur Doppelnutzung sei nach den Sommerferien geplant.

Zum Modul Ganztage plus erklärt Frau Rieper, dass im Schuljahr 2019/20 der Ganztage an 28 Standorten (von insgesamt 37) ergänzt werde. Sie betont, dass es sich bei dem Modul um eine Verstärkung der Regelbetreuung handele, um vor allem Kinder, die sozial-emotional auffällig sind, besonders zu unterstützen und den Übergang zum offenen System begleiten zu können. Die Räume seien dabei in das Konzept zu integrieren, so dass spezielle Schonräume und eine engere Begleitung innerhalb der Regelbetreuung möglich seien. Um dies zu erfüllen, würden vorübergehend „eigene“ Gruppen gebildet. Ein flexibler Wechsel zwischen den einzelnen Angeboten sei im Sinne der Integration zu fördern.

zu 4.1.3 Beantwortung der Fragen zur Telefonkonferenz (14.05.2020) von KEV/SEV zum Thema Kita-Reform

Herr Jürgensen berichtet, dass die Kitareform zum 01.01.2021 in Kraft treten würde.

Des Weiteren erklärt Herr Jürgensen, dass – da keine anderen Voraussetzungen zu erfüllen seien - es keiner zusätzlichen Nachweise für eine Betreuung von mehr als sechs Stunden/Tag bedürfe, sondern eine Aussage der jeweiligen Kita zur Entscheidung über die pädagogische Vertretbarkeit ausreichend sei.

Hier würden die Modell-Kitas entfallen. Zuletzt fasst Herr Jürgensen zusammen, dass alle Eltern ein Wunsch- und Wahlrecht hätten, welches sich jedoch an den vorhandenen Kapazitäten der jeweiligen Kita (Öffnungszeiten, Versorgungsstruktur usw.) orientieren würde. Weitere Fragen von Frau Benecke-Benbouabdellah beantwortet Herr Jürgensen.

Herr Puhle ergänzt mit dem Verweis auf die letzte Bürgerschaftssitzung.

zu 4.1.4 Lernsommer 2020

Herr Thorn berichtet zum "Lernsommer 2020" und den teilnehmenden Schulen. Die umverteilte Auflistung der Schulen soll dem Protokoll als Anlage beigefügt werden (siehe Anlage 2).

**zu 4.2 Anfrage des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Prozess "Aufwachsen in Lübeck"
Vorlage: VO/2020/09063**

TOP 4.2 wird gemeinsam mit TOP 5.3 beraten.

zu 5 Berichte

**zu 5.1 3. Bildungsbericht der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2020/08649**

Frau Ahlborn-Ritter und Frau Alvarez Fischer stellen den Bildungsbericht vor. (siehe Anlage 3)

Fragen von Herrn Müller beantworten Frau Alvarez Fischer und Frau Heidig.

Herr Puhle bedankt sich und merkt an, dass er es begrüßen würde, wenn im nächsten Bericht der Themenbereich Kinder und Jugendliche weiter ausgebaut und auf die besonderen Angebote des Bauspielplatzes und des Geschichtserlebnisraumes für Kinder der Altersgruppe 6 – 14 Jahre hingewiesen werde.

Beschluss:

Nach den umfangreichen Bildungsberichten 2012 und 2014 wurden durch das städtische Bildungsmonitoring die jährlich erscheinenden Kerndaten zu Bildung in Lübeck etabliert, die im Internet über das Familien- und Bildungsportal abrufbar sind.

Ergänzend hierzu ist der dritte Bildungsbericht erarbeitet worden, der sich vorrangig auf die umfassende Darstellung der städtisch geförderten Angebote fokussiert und dabei auch ein Augenmerk auf die zahlreichen Unterstützungs- und Beratungsangebote legt, die den Bildungsweg der Bürger:innen – von den Willkommensbesuchen bis hin zur Weiterbildung für Erwachsene – begleiten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2 Kerndaten zu Bildung in Lübeck
Vorlage: VO/2020/08949

Frau Alvarez Fischer berichtet zu den Kerndaten zu Bildung in Lübeck. **(siehe Anlage 4)**

Beschluss:

Der Bericht umfasst die Aktualisierung des Monitorings zentraler Bildungsdaten. Die Kerndaten zu Bildung in Lübeck erfassen relevante Lübecker Bildungsdaten aller Altersgruppen über den Zeitraum 2013 bis heute und dienen der systematischen Darstellung und Beobachtung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.3 Mündlicher Zwischenbericht "Aufwachsen in Lübeck 2.0"

Nach einer kurzen Einleitung durch Herrn Puhle stellen Frau Heidig, Frau Rieper und Frau Möller den Zwischenbericht vor. **(siehe Anlage 5)**

Frau Stojan merkt an, dass ihr ein Forum für Kinder und Jugendliche fehlen würde, damit die Beteiligung verbessert werden könne. Dazu verweist Herr Puhle auf Pläne dazu, die durch die aktuelle Corona-Pandemie zum Erliegen gekommen seien.

Fragen von Frau Schmittner und Herrn Müller beantwortet Herr Puhle.

Herr Wargenau bittet um eine Analyse der Auswirkungen auf die bereits bestehenden Unterschiede bei benachteiligten Schüler:innen zur nächsten Sitzung. Frau Weiher sagt dies zwar grundsätzlich zu, weist jedoch darauf hin, dass es nicht machbar sei, die Analyse bis zur nächsten Sitzung abzuschließen.

Eine Frage von Frau Prüß zu Kinderarmut und -bildung beantwortet Frau Weiher. Dabei verweist sie auf den Armutsbericht von Herrn Senator Schindler und den aktuellen Bildungsbericht von Frau Alvarez Fischer und Frau Ahlborn-Ritter.

zu 6 Beschlussvorlagen

Es liegt nichts vor.

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Frau Charlotte Baumgart (Mixed Pickles e.V.) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Frau Baumgart kündigt an, dass die AG „Frauen unterstützen Mädchen“ im September die Gründung eines Mädchenzentrums vorgeschlagen wird.

Herr Kay Nitz (Beirat für Menschen mit Behinderung) meldet sich aufgrund eines Wortbeitrages. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Herr Nitz berichtet, dass am 02.06.2020 die konstituierende Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung stattgefunden hätte.

Frau Jenny Scharfe überreicht der Senatorin eine gut gefüllte Schultüte zum Dank an die Verwaltung für die geleistete Arbeit im Bereich der Umsetzungen zur Kitareform (z.B. Geschwisterermäßigung, Sozialstaffel).

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ein nichtöffentlicher Teil ist nicht vorgesehen. Die Sitzung endet somit um 18:10 Uhr.

Lübeck, den 3. November 2020

Jörn Puhle
Vorsitz

Sabine Schulz
Protokollführung

**N I E D E R S C H R I F T****17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 - 2023)****- SONDERSITZUNG zum Thema "HILFEN ZUR ERZIEHUNG" -**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 13.08.2020	
Sitzungsbeginn:	16:05 Uhr	
Sitzungsende:	18:09 Uhr	
Sitzungsort:	VfB Lübeck, VIP-Raum Oldesloer Lounge, Bei der Lohmühle 13, 23554 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Jörn Puhle - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring	bis 17:30 Uhr / TOP 4.3	
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Thomas Grams - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Bärbel Hirner - SPD	Vertretung für: Frau Sandra Odendahl	
Britta Ingwersen - Lübecker Jugendring		
Maria Köhler-Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Simone Stojan	
Stefan Krause - CDU		
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring Die Johanniter		
Renate Prüß - AG freier Wohlfahrtsverbände AWO Schleswig-Holstein	Vertretung für: Herrn Jürgen Wecker	
Michaela Vogeler - Die Unabhängigen	Vertretung für: Frau Claudia Petereit	
Horst Wargenau - CDU		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen		
Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt		
Lutz Regenber - Mitglied der Fachgruppe HZE		
Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		
Juleka Schulte - Ostermann - Stadelternvertretung		

Verwaltung	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	
Hansjörg Diers -	
Thorsten Drescher - Jugendhilfeplanung	
Sarah Frenz - 4.510 - Familienhilfen / Jugendamt	
Renate Heidig - Jugendhilfeplanung	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Sonja Rieper - 4.401 Schule und Sport	
Petra Schmittner - 1.160 Frauenbüro	
Protokollführung	
Dana Gladasch - 4.513 - Jugendarbeit/Jugendamt	
Gäste	
Andreas Flynn - Verbund sozialtherapeutischer Einrichtungen e.V.	
Daniel Kerlin - FDP	
Filip Krubeck - Lübecker Jugendring	
Dipl.-Psych. Teresa Siefer - Mitglied der Fachgruppe HZE	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Dagmar Hildebrand - CDU	keine Teilnahme
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Sandra Odendahl - SPD	keine Teilnahme
Claudia Petereit - Die Unabhängigen	entschuldigt
Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Mascha Benecke-Benbouabdellah - Stadtteilernvertretung	keine Teilnahme
Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4	entschuldigt
Lukas Leitner - Vertretung der Jugend	keine Teilnahme
Verwaltung	
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	entschuldigt
Aiko Wagner - FBC FB 4	keine Teilnahme

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Anliegen der Jugend	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4	Berichte	
4.1	Das Leistungsfeld der Hilfen zur Erziehung im Bereich Familienhilfen / Jugendamt (mdl. Bericht)	
4.2	Herausforderungen bei Hilfen zur Erziehung (mdl. Bericht)	
4.3	neue Modelle von Hilfen zur Erziehung (mdl. Bericht)	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Berufung eines beratenden Ausschussmitgliedes in den Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des Bereiches Jugendarbeit	VO/2020/09110
6	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Frau Michaela Vogeler von den Unabhängigen mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Herr Puhle weist auf die Nachtragstagesordnung hin. Es gibt eine Beschlussvorlage zur Neubesetzung des beratenden Ausschussmitgliedes Vertretung der Jugend, die unter TOP 5.1 auf die Tagesordnung genommen wurde.

Der Vorsitzende fragt, ob es weitere mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden und ob es Tagesordnungspunkte für den nichtöffentlichen Teil gibt. Dies ist nicht der Fall.

Die Tagesordnung wird somit unter Bejahung der vorgetragenen Änderungen einstimmig festgestellt.

zu 2 Anliegen der Jugend

Es liegt nichts vor.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

Es liegt nichts vor.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Das Leistungsfeld der Hilfen zur Erziehung im Bereich Familienhilfen / Jugendamt (mdl. Bericht)

Frau Junghans und Frau Frenz stellen anhand einer Power-Point-Präsentation das Leistungsfeld der Hilfen zur Erziehung dar. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

zu 4.2 Herausforderungen bei Hilfen zur Erziehung (mdl. Bericht)

Herr Regenberg und Frau Prüß stellen anhand einer Power-Point-Präsentation die aktuellen Herausforderungen bei den Hilfen zur Erziehung vor. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Auf Nachfragen von Frau Schulte-Ostermann erklären Frau Weiher und Frau Junghans, dass zum einen die Budgetverträge weitergezahlt und zum anderen die Angebote / die Leistungen regelmäßig nachgesteuert werden.

Herr Puhle fasst nochmal zusammen, dass es sich hierbei um eine gemeinsame Aufgabe auch von Bund und Land handele. Bisher gäbe es schon gute Ansätze, die weiterverfolgt werden müssten.

zu 4.3 neue Modelle von Hilfen zur Erziehung (mdl. Bericht)

Herr Drescher stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Weiterentwicklungspotentiale der Hilfen zur Erziehung dar. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Flynn vom Verbund sozialtherapeutischer Einrichtungen Lübeck e.V. stellt anhand einer Power-Point-Präsentation weitere Entwicklungsperspektiven der Hilfen zur Erziehung vor. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Drescher ergänzt die Ausführungen von Herrn Flynn zum Thema Sozialraum.

Herr Puhle kündigt zu diesem Thema einen Fachtag mit Verwaltung und Trägern an, der noch in diesem Jahr stattfinden soll.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Berufung eines beratenden Ausschussmitgliedes in den Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des Bereiches Jugendarbeit Vorlage: VO/2020/09110

Frau Reichel berichtet kurz über das Auswahlverfahren. Es habe Vorgespräche mit interessierten Jugendlichen gegeben. Das Besetzungsverfahren könnte optimiert werden. Die Jugendarbeit übernehme die Vorbereitung der Sitzung, in dem die Tagesordnung mit den Jugendlichen vorbesprochen werde. Frau Reichel berichtet von Überlegungen das Mandat der Jugendvertretung im Ausschuss künftig durch Jugendliche in der Erzieherausbildung von der Dorothea-Schlözer-Schule zu besetzen.

Herr Maxim Loboda, die neue Vertretung der Jugend, ist anwesend. Herr Puhle fragt, ob der Ausschuss der Vorstellung von Herrn Loboda widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Loboda stellt sich kurz vor und berichtet von seinem bisherigen Werdegang und seinen Plänen für die nächsten Jahre. Auf eine Nachfrage von Frau Junghans erklärt Herr Loboda, dass er folgende Themen gerne einbringen würde:

- fehlende Jugendangebote in den Sommerferien
- Sporthallen können in den Sommerferien nicht von Jugendlichen genutzt werden
- schlechte Ausstattung in den Schulen

Herr Puhle lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Herr Maxim Loboda wird als Nachfolger von Frau Juanna Khalo als beratendes Mitglied auf Vorschlag des Bereiches Jugendarbeit der Hansestadt Lübeck, in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 6	Verschiedenes
-------------	----------------------

Herr Krause fragt nach dem Bearbeitungsstand der beiden Anfragen von Frau Hildebrand zum Thema Jugendarbeit in Schlutup und Travemünde.

Frau Reichel berichtet, dass die Planung zum Umbau der Halle in Schlutup in vollem Gange sei, dass der Verein die Finanzierung aber erst ab 01.01.2021 sicherstellen könne. Sobald die Planung abgeschlossen sei, erhalte der Ausschuss eine Information darüber.

Weiterhin berichtet Frau Reichel, dass laut Aussage des Bereiches Stadtgrün und Verkehr eine Mountainbike Strecke in Planung sei. Derzeit laufe die naturschutzrechtliche Prüfung des Vorhabens.

Das Jugendzentrum Haus der Jugend in Travemünde hätte Kontakt zu den Jugendlichen aufgenommen, um an den Forderungen weiter zu arbeiten. Diese Kontaktaufnahme werde von der Jugendgruppe nicht gewünscht, daher sei es schwierig die Forderungen zu konkretisieren.

Frau Ingwersen fragt nach dem Facebook-Account des Jugendzentrums Burgtor. Frau Reichel teilt mit, dass laut Datenschutzbeauftragte der HL Facebook, Instagram und WhatsApp nicht für dienstliche Zwecke genutzt werden dürften. Daher hätte das Burgtor zum Beispiel seine Accounts gelöscht. Es werde derzeit geprüft ob andere Kommunikationswege möglich seien.

Lübeck, den 3. November 2020

Jörn Puhle
Vorsitz

Dana Gladasch 4.513 Jugendarbeit
Protokollführung